

von
Uta Gärtner

Die Autorin ist
Myanmaristin
und hat bis zur
Pensionierung
2007 Sprache
und Gesellschaft
Myanmars an
der Humboldt-
Universität
zu Berlin
unterrichtet.

Myanmar im Aufbruch

Die Umsetzung der Roadmap zur Demokratie ist ein Lern- prozess für alle Beteiligten

Die Nachwahlen sind vorüber. Wie erwartet, war die von Daw Aung San Suu Kyi geführte National League for Democracy (NLD) die erfolgreichste der 17 Parteien: Sie errang 43 der 45 zuvor von USPD-Mitgliedern besetzten Mandate, die infolge der Übernahme von Ämtern vakant waren, davon 37 im Pyithu Hluttaw (Volkskammer), vier im Amyotha Hluttaw (Nationalitätenkammer), zwei in der Region Ayeyawady.

An den Wahlen vom 7. November 2010 hatte die NLD aus Protest gegen die Wahlgesetzgebung nicht teilgenommen. Die Änderung zweier Formulierungen im Parteienbildungsgesetz schuf die Voraussetzung dafür, dass sie im November 2011 die Registrierung als politische Partei für die Teilnahme an den Nachwahlen beantragte und die Genehmigung erteilt wurde. Nicht zuletzt ihr massiver und augenscheinlich üppig finanzierter Wahlkampf ließ den anderen Parteien wenig Chance. Im Vorfeld klagte sie Behinderung, fehlerhafte oder unvollständige Wählerlisten, Stimmenkauf durch die Regierungspartei und somit fehlende Fairness an. Im Nachhinein wird korrekte Durchführung bestätigt. Damit sollte die entscheidende Bedingung der westlichen Staaten für die Aufhebung der Sanktionen erfüllt sein.

Von Daw Suu Kyi werden Wunder erwartet

Mit ihren 41 Sitzen (8,3 Prozent) im Unionsparlament ist das Stimmenverhältnis nicht grundlegend verändert; die regierende USDP behält die absolute Mehrheit. Anders sieht es mit dem politischen Kräfteverhältnis aus. Während ihres Wahlkampfes wurde Daw Suu Kyi von einer Woge der Begeisterung durch das Land getragen, die an gottgleiche Verehrung grenzt. Sie wird weithin als Antithese zu bisherigen negativen Herrschaftserfahrungen, als Verkörperung des *Setkya* wahrgenommen, der myanma Variante des gerechten buddhistischen Herrschers Cakkavattin. Das impliziert die Gefahr, dass von ihr Wunder erwartet werden wie sofortige Befreiung von Not, Unterdrückung und anderen Übeln. Auch ihre internationale Position speist die Begeisterung, wird sie doch als eigentliche Staatsführung behandelt. Ihre Zielstellungen in den Wahlreden trugen den Erwartungen Rechnung. Wie sie ihnen gerecht

werden kann und will, lässt sich noch nicht einschätzen, da bisher wenig konkrete Konzepte der NLD für die Lösung der anstehenden Probleme bekannt sind.

Alles Weitere hängt davon ab, wie die politischen Kräfte des Landes miteinander umgehen. Das betrifft vor allem die Hauptpole – Daw Aung San Suu Kyi und die NLD auf der einen Seite, Regierung U Thein Sein und die USDP auf der anderen, aber auch das Mit- oder Gegeneinander der Kräfte innerhalb der beiden Lager. Wird der von beiden Führungskräften bei ihrem Gespräch am 19. August 2011 vereinbarte Grundsatz, unter Zurückstellung politischer Differenzen gemeinsam für die Stabilität und Entwicklung des Landes zu wirken, Bestand haben? Werden sie in der Lage sein, Macht zu teilen? Das wäre tatsächlich der Beginn einer neuen Ära, denn Macht wurde bisher immer als unteilbar, als Nullsummenspiel verstanden.

Das Programm der Regierung liegt offen: Vollendung der am 30. August 2003 verkündeten »Road Map to Democracy«, deren Punkt 7 vorgibt: »... Schaffung einer modernen, entwickelten und demokratischen Nation durch die gewählten Parlamente ...«. Was seit einem Jahr in Myanmar geschieht, ist kein Umbruch, sondern eine andere Strategie zur Erreichung der gleichen Ziele: Stärkung der Union und gleichberechtigte Teilhabe am internationalen Leben.

Das Parlament hat sich zu einer arbeitenden Körperschaft emanzipiert

Die Regierung wiegt sich offenbar in der Gewissheit, durch die Verfassung und die Wahlen die Eckpfeiler für ein Staatswesen geschaffen zu haben, das den internationalen Normen genügt und ihr Anerkennung sichert. Gute Regierungsführung, Rechtsstaat, saubere Regierung, Transparenz sind Top-Themen in den Reden des Präsidenten und anderer Führungskräfte, aber auch in den Tagungen des Parlaments. Hier findet die eigentliche Umwälzung statt, unbemerkt von der Weltöffentlichkeit, die auf die vordergründigen politischen Schritte fixiert ist. Zuerst für eine Art Potjemkinsches Dorf gehalten, hat sich das Parlament mit seinen beiden Kammern im Verlauf der bisher drei Sitzungsperioden zu einer arbeitenden Körperschaft emanzipiert. War bei der ersten schon überraschend, dass die Minister – damals noch die alten – den Abgeordneten Rede und Antwort standen, hat die zweite bereits wesentliche Gesetze hervorgebracht wie das über die Bildung von Gewerkschaften, über Privatschulen, über das Versammlungsrecht sowie in den Debatten auch heikle Probleme angesprochen wie das Landrecht, Herstellung des inneren Friedens, Situation der Rohingya, soziale Fragen. Die dritte – dem Budget gewidmete – Sitzung hat eine neue Qualität offenbart: Die von den Ministe-

rien vorgelegten Pläne wurden unter dem Gesichtspunkt ihrer Effektivität geprüft und laufende bzw. geplante Projekte, die dieser Prüfung nicht standhielten, gestrichen oder verschoben, um das Defizit zu mindern und Mittel für Dringlichkeiten wie die Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst freizusetzen. Die Abgeordneten treten nicht als Vertreter ihrer Partei, sondern ihres Wahlkreises auf, machen also die Stimme des Volkes im Parlament hörbar. Die Debatten verlaufen problemorientiert und sachlich quer durch alle Gruppierungen. Auf Antrag eines Abgeordneten wurde z. B. über ein Antikorruptionsgesetz diskutiert und die Arbeit daran aufgenommen. Der Bericht des Rechnungshofes über Mittelmissbrauch in einigen Ministerien unter der vorigen Regierung war Anlass, über Maßnahmen der effektiven Rechnungslegung und Kontrolle zu reden. Den Anstoß für die freimütige Debatte über das Budget und andere Kernfragen gab der Präsident des Pyithu Hluttaw, Thura U Shwe Mann, früher Generallieutenant und drittichtigster Mann im SPDC.

Aus einer Umfrage der myanma Online-Ausgabe der *Weekly Eleven* in der ersten Märzhälfte 2012 ging hervor, dass die Arbeit der Parlamente weithin als wirklicher Fortschritt gewürdigt wird, während die Administration und die Rechtsprechung noch beträchtlichen Nachholbedarf haben. Kein Wunder, sind diese beiden Säulen doch als verfestigte Strukturen mit ihren tradierten bürokratischen Hierarchien und Prozeduren in die neue Zeit gekommen. Die Reformierung dieser Beamtenhochburgen mit großem Korruptionspotential ist ungleich schwieriger und langwieriger. Besonders hier sind die Akteure der Zivilgesellschaft gefordert als treibende Kraft und Korrektiv. Dass der Präsident ihnen in seinen Reden große Bedeutung für die Transition zumisst, kann den Rückhalt geben, der bisher fehlte.

Gewachsen ist auch die Rolle der vierten Säule, der Medien, wenngleich sie noch Einschränkungen der Pressefreiheit beklagen: Jetzt dürfen auch politische Themen in privaten Presseorganen berichtet und kommentiert werden.

Der Königsweg - ein neue Verfassung?

Ein äußerst sensibles Feld ist die Herstellung des dauerhaften inneren Friedens, die sich alle drei Hauptkräfte – Regierung, NLD, ethnische Armeen – auf die Fahne geschrieben haben. Im groben Rahmen stimmen sie überein – zuerst landesweite Waffenruhe, dann politische Gespräche und Lösungen, dann die echte Union, begründet auf Gleichheit, wie 1947 von den Führern der Shan, Kachin und Chin in Panglong vereinbart. Aber es gibt noch kein Konzept, das die Interessen aller Beteiligten umsetzt. Stärkster Stein des Anstoßes ist die zentrale Bevormundung, basierend auf dem Führungsanspruch der Bama und

verankert in der Verfassung. Manche Protagonisten der Interessen ethnischer Minderheiten sehen als einzigen Lösungsweg eine neue Verfassung. Doch auch sie könnte das tieferliegende Problem nicht beseitigen: die gegenseitigen Ressentiment, namentlich den Ethno-Chauvinismus der Bama. Anderen genügen einzelne Änderungen des Verfassungstextes, ein eher gangbarer Weg.

Auch die NLD benennt Verfassungsänderungen als Priorität. Vor allem bezieht sich das auf die Vergabe eines Viertels der Mandate an ernannte Vertreter der Streitkräfte, der *Tatmadaw*, da sie nicht im Einklang mit demokratischen Prinzipien stünde. Das ist richtig, nur – ist es wirklich vordringlich? Sachlich nicht, denn diese Abgeordneten sind bisher nicht als befehlgesteuerter Störblock in Erscheinung getreten, sondern haben sich konstruktiv in die Debatten und Abstimmungen eingefügt. In der unabhängigen myanma Zeitschrift *The Voice* warnt ein Autor vor übereiltem Vorgehen, man solle die Vertrauensbildung mit der *Tatmadaw* nicht ohne Not gefährden. Nach erfolgreicher Stabilisierung wird es leichter sein, die notwendigen Mehrheiten zu finden.

Die Bewegung in Richtung auf ein demokratisches Staatswesen ist schon im Gange – suchend, holprig, gegen Widerstände noch, aber sie findet statt und vermittelt den Beteiligten die unlösliche Erfahrung der eigenen Kraft. Die NLD kann mit kritischer Mitwirkung die Dynamik erhöhen, kann sie aber auch bremsen als prinzipienorientierte Opposition. Das Beharren auf einer Änderung der Eidesformel als Voraussetzung für die Teilnahme der Abgeordneten an der Parlamentssitzung ab 23. April lässt Letzteres befürchten. Diese Haltung hat auch Anhänger der NLD befremdet. Inzwischen setzt das Parlament seine Arbeit planmäßig fort – ohne die Stimmen der NLD. Jetzt hat Daw Suu Kyi wissen lassen, dass sie diese eher technische Frage nicht zu einem politischen Problem werden lassen möchte und weiter an der Zusammenarbeit mit Präsident Thein Sein interessiert ist, während er erklärt hatte, sie werde willkommen sein, wann immer sie ihre Arbeit im Pyithu Hluttaw aufnehmen möchte. Es ist ein Lernprozess für alle Beteiligten, aber nur so besteht Aussicht auf Erfolg.